

KURZ UND PRÄGNANT

LINKE Unterstützung für Jenaer Vereine



Zu den Empfängern von Spenden der Alternative 54 Erfurt e.V. der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion gehören auch immer wieder Vereine und Projekte in Jena. So konnten kürzlich die Abgeordneten Dr. Gudrun Lukin und Torsten Wolf Unterstützung überbringen für die Deutsch-Französische Gesellschaft für ein Ausstellungsprojekt über Stephane Hessel, den Verein Queerweg für ein Festival gegen Ausgrenzung Homosexueller, die Ortsgruppe des Verbandes Lebertransplanter für die Teilnahme an einer Weiterbildungsveranstaltung sowie für das Theaterprojekt „Romeo und Julia“ von Lehrlingen der Stoytschule und des Berufsschulzentrums Göschwitz mit Migranten und der Freien Bühne Jena.

Verbindung Weimar-Göbnitz elektrifizieren

„Die Kritik der Präsidentin des Umweltbundesamtes, dass die Klimaschutzziele der Regierung bei der Verkehrsplanung eine deutlich größere Rolle spielen müssten, ist durchaus berechtigt. Der Bundesverkehrswegeplan ist kein Schritt zu einer Verkehrswende, auch aus Thüringer Sicht nicht“, unterstrich MdL Dr. Gudrun Lukin. „Wenn noch nicht einmal das dringendste Verkehrsprojekt, die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Schiene, im vordringlichen Bedarf berücksichtigt wird, dann spielen Klimaziele nur eine nachrangige Rolle in der Verkehrsausrichtung. Zumal Thüringen sehr engagiert und mit 30 Millionen EFRE-Mitteln aktiv an der Finanzierung mitwirken will“, so die LINKE-Abgeordnete, die Nachbesserung für dringend notwendig hält. „Dafür sollten sich alle politisch Verantwortlichen einsetzen. Die Elektrifizierung der Strecke zwischen Weimar und Göbnitz ist nicht nur eine einfache Verbesserung schon vorhandener Infrastruktur, sondern auch ein wirtschaftlich und ökologisch sinnvolles Vorhaben. Noch dazu, wenn es vor einer Neuausschreibung der Strecke spruchreif ist.“

Mohrings „Faktencheck“

Desinformation: CDU-Landtagsfraktion manipuliert bei Haushaltsgrafik

Die oben gezeigte Grafik der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag (der Begriff „Infografik“ findet aus Gründen, die im Folgenden erläutert werden, für dieses Produkt keine Anwendung) verbreitete deren Vorsitzender Mike Mohring am 28. Juli in den sozialen Netzwerken Twitter und Facebook. Bei Twitter nannte er sein Anliegen einen „Faktencheck“.

Die CDU-Fraktion präsentiert das Haushaltsvolumen in Thüringen als Zeitreihe. Die Grafik beeindruckt auf den ersten Blick: verglichen mit dem Jahr 2014, in dem die CDU im Dezember aus der Regierung ausschied, ist der Balken im Jahr 2017 enorm gewachsen, ist doppelt so lang. Hat sich das Haushaltsvolumen unter Rot-Rot-Grün innerhalb von drei Jahren demnach verdoppelt?

Nein, natürlich nicht. Die CDU-Fraktion hat ihre Grafik, die sich ihr Vorsitzender Mohring als vermeintlichen „Faktencheck“ zu Eigen macht und in den sozialen Medien mit eigenem Kommentar unter die Leute bringt,

nämlich kräftig manipuliert. Im Online-„Mathe-Portal“ findet sich ein interessanter Beitrag „Manipulative Darstellung von Diagrammen“, der Schülerinnen und Schüler dafür sensibilisieren soll, Diagramme richtig zu lesen und zu interpretieren.

Dort wird erläutert: „Mit Diagrammen, Piktogrammen und Schaubildern kannst du Datenreihen anschaulich darstellen. (...) Allerdings kann durch eine Grafik der Sachverhalt auch verfälscht werden bzw. beim Betrachter einen Eindruck entstehen lassen, der den Tatsachen nicht entspricht. (...) Eine oft genutzte Art der Manipulation ist die Nullverschiebung an der y-Achse.“

Genau das hat die CDU-Fraktion getan. Das macht ein Blick auf die y-Achse deutlich. Sie beginnt nicht bei Null, sondern bei acht Milliarden. Etwa vier Fünftel der y-Achse haben die Manipulateure der CDU also einfach verschwinden lassen. Damit verfälschen sie ein eigentlich moderates Haushaltswachstum optisch hin zu einer Verdopplung. In einer kleinen Tabelle führt die CDU die tatsächlichen Werte

zwar an, aber der visuelle Eindruck dominiert eindeutig (die visuellen Reize sind für die menschlichen Sinneswahrnehmungen ohnehin am wichtigsten, sie sind, wie es in der Kognitionswissenschaft heißt, „emotionale Schlüsselreize“).

In einer seriösen Infografik würde die Zeitreihe des Haushaltsvolumens in Thüringen so wie unten dargestellt aussehen – weit weniger spektakulär. Da war aber offenbar nicht im Interesse der CDU-Fraktion und ihres Vorsitzenden.

Und der rote Balken? Die CDU-Fraktion lässt ihre Zeitreihe 1999 beginnen. Zufall? Wahrscheinlich nicht. Wäre – wie in der zweiten Grafik – auch das Jahr 1998 einbezogen worden, hätte die CDU eingestehen müssen, dass damals unter einer von ihr geführten Landesregierung das Haushaltsvolumen noch größer war, als es von 2014 für 2017 geplant ist. Fazit: Die Grafik der CDU-Landtagsfraktion ist eine Desinformationsgrafik.

Stefan Wogawa



Grafik 1: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Grafik 2: Stefan Wogawa

Arbeit für Geflüchtete zu schlechten Konditionen

„Die Integration in Arbeit ist für geflüchtete Menschen neben dem Erlernen der deutschen Sprache Dreh- und Angelpunkt für ein gelingendes Leben in Deutschland“, so Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin.

Seit Monatsbeginn erhalten insgesamt 100.000 Geflüchtete die Möglichkeit einer geförderten Arbeit in Deutschland. Auf Thüringen entfallen dabei laut Königsteiner Schlüssel 2.700 Stellen. Es handelt sich hierbei um die Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM), die im Zuge des Integrationsgesetzes eingerichtet und vom Bund bezahlt werden. Diese sind den Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) nachgebildet. „Allerdings wird pro Stunde nur ein Betrag von 80 Cent gezahlt, das ist weniger als bisher für Gemeinwesenarbeit bereitgestellt wurde und schafft erneut Beschäftigte erster und zweiter Klasse im öffentlichen Bereich“, kritisierte die Politikerin die Bundesregierung scharf.

Dieses neue Bundesprogramm soll die bereits vorhandenen Angebote und Strukturen in der öffentlich geförderten Beschäftigung ergänzen und neue Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz schaffen. Dafür setzt die Bundesregierung in den kommenden drei Jahren insgesamt rund eine Milliarde Euro ein.

„Das ist ziemlich viel Geld, das aber letztlich die weitere Spaltung des Arbeitsmarktes und die Schaffung zusätzlicher Konkurrenz mit sich bringen wird. Besser wäre gewesen, diese Mittel den Ländern zur wirkungsvollen Unterstützung aktiver Arbeitsmarktprogramme für einheimische und ausländische Erwerbslose zur Verfügung zu stellen und ähnlich wie Bürgerarbeit zu finanzieren. So läuft es aber auf eine neue Differenzierung hinaus und konkretisiert die Bemühungen von Thüringen und anderen Bundesländern, Gemeinwohlarbeit vor Ort in Vereinen und Kommunen zu qualitativ besseren Konditionen zu etablieren. Hier wird

nicht nur der Mindestlohn unterlaufen, sondern eine neue Form von unterbezahlter Arbeit geschaffen“, kritisierte Ina Leukefeld.

Zum Hintergrund:

Bestandteil des vom Bund beschlossenen und von links stark kritisierten Integrationsgesetzes ist auch ein neues Arbeitsprogramm, das sich insbesondere an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz richtet, die nicht mit einer schnellen Entscheidung des Asylverfahrens rechnen können. Teilnehmen können volljährige arbeitsfähige Leistungsberechtigte, nicht jedoch solche Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen sowie vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, einschließlich der Inhaber einer aufenthaltsrechtlichen Duldung. Ziele sind eine niedrigschwellige Heranführung an den deutschen Arbeitsmarkt sowie eine sinnvolle und gemeinnützige Betätigung während des Asylverfahrens.